

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheinet wöchentlich, Einzelpreis pro Jahr vom 1.-15. Aug. 50000 M., durch die Post 55000 M., ohne Zeitl.-Gebühr. Druck- u. Verlag: Rudolf-Greif, Halle, Halle-Merseburg, ebenda, Halle, Verdenstraße 14, Fernr. 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Streikzeit 12-1 u. 5-6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 8000 M. für den Millimeter 566 u. Spalte, 20000 M. für Restform, anfall an den dreizehnpennigen Zeitleitern. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank, Halle. Postkontonummer Leipzig 106848, Zeit. Korb, Halle.

Einzelpreis 10000 M.

Montag, den 13. August 1923

3. Jahrgang Nr. 187

Cuno gestürzt - Kampf der großen Koalition!

Massenkampf wider den Hunger - Generalstreik in Berlin und Mitteldeutschland

Stresemann Kanzler?

(Vg. Drahtm.) Berlin, 12. August, 11 Uhr abends.

Die Regierung Cuno ist zurückgetreten. Nach einer Sitzung des Reichskabinetts hat Cuno mitgeteilt, daß er eintrittselig sei, mit Rücksicht auf die sozialdemokratischen Fraktionsbeschlüsse vom Sonntag seine Demission zu nehmen. Die Demission des gesamten Kabinetts wurde daraufhin dem Reichspräsidenten übermittelt.

Der Rücktritt der Regierung Cuno ist nur auf die Bewegung der Massen zurückzuführen, insbesondere auf den am Sonntagabend einsetzenden Generalstreik der Berliner Arbeiterschaft und auf die heutigen Meldungen aus dem Reich.

Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Führerschaft mit den bürgerlichen Parteien über die Bildung der Großen Koalition stehen bereits vor ihrem Abschluß. Stresemann wird maßgeblich am Montag mit der Bildung des Kabinetts beauftragt werden.

Der Rücktritt Cunos ist der erste Erfolg der im ganzen Reich in Bewegung gekommenen Massen. In sehr hies auch die verlogene sozialdemokratische und bürgerliche Propaganda bekämpfen müssen. Unter dem Druck des mit gewaltiger Wucht einsetzenden Generalstreiks in Berlin, dem sich heute das mitteldeutsche Proletariat anschließt und der sich übermorgen schon über das ganze Reich ausbreiten wird, hat sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die am Freitag noch Cuno halten wollte, auf eine neue tautsche Linie umgruppieren müssen. Wenn Cuno geht, noch bevor im Reichstag über den kommunistischen Mißtrauensantrag abgefragt wurde, so geht er nicht, wie der „Vorwärts“ behauptet, „trotz des kommunistischen Spektakels“, sondern aus Mitleid mit dem jämmerlich in die Enge geratenen Sozialdemokraten. Der resigniert sich in sein Schicksal fühlende Cuno will sich in einer letzten Annäherung von Sentimentalität dankbar erweisen für die ihm freiwillig von Sozialdemokraten erwiesene Unterstützung, indem er ihnen erpart, in Konsequenz ihres neuen Fraktionsbeschlusses, für den kommunistischen Mißtrauensantrag, und damit gegen ihre eigene Politik und ihre volksparteiartigen Betzengenen stimmen zu müssen, um ihnen so unauffällig den Lebergang aus der anonymen in die offene Beteiligung an der Cuno-Regierung unter dem Namen eines Kabinetts Stresemann-Hilferding zu ermöglichen. Cuno hat dafür gesorgt, daß die Massenaktion des Proletariats, die ihn wegweist, ungehindert wird in einen Kampf um die Große Koalition.

Das Betrugsmanöver Cunos und der Herrmann Müller & Co. wird nicht gelingen. Die Novemberbestimmung von 1918, die in erster Reihe von den Soldaten getragen war, ist in verstärkter Form bei allen schaffenden Bevölkerungsschichten wiederbelebt. Auf der Straße hört man heute nichts als Stöhnen über den Hunger, Wut über die Wucherpreise, Erbitterung und Hülfe gegen die Regierung. Die revolutionären revolutionären Massen streben heute nicht nach dem Herrn. Sie verlangen das Rechte, was bisher stets die kapitalistische Ordnung ihren Sklaven gab: Lohn und Brot, Lohn und Brot aber ist heute zur Machfrage zwischen Kapital und Arbeit geworden. Das jetzt die letzte Rede des elend verendeten Kanzlers Cuno, in der er den hungernden Massen mit Maschinengetöse und blauen Reden drohte, das jetzt seine letzte „Hörnerordnung“, mit der er noch im letzten Augenblick seines unheiligen Daseins den Ankel gegen die kommunistische Presse anzusetzen versuchte.

Im Lohn und Brot stehen heute die Arbeiter, demonstrieren die Massen auf der Straße, ist die Cuno-Regierung weggesagt worden. Lohn und Brot kann auch die Große Koalition Stresemann-Hilferding den Hungernden nicht geben, denn sie ist nichts anderes als die Regierung Cuno unter einer anderen Maske. Sie ist eine Regierung der sozialdemokratischen Redensarten und der gewalttätigen Niederdrückung unter das brutale Joch der Ausbeutung und Aushungierung bis zum Tode.

Weshalb dem so ist, werden sich die freisinnigen und demokratischen Massen der Hungernden nicht täuschen lassen durch ein betrügerisches Manöver, das die Sozialdemokraten wie in den Revolutionstagen 1918 injizieren, um die entseelte revolutionäre Bewegung in das parlamentarische Bett der Großen Koalition zu leiten, um nicht kämpfen zu müssen und die Arbeiterschaft um den Erfolg ihrer Bewegung zu betrügen. Das Proletariat hat seit 1918 gelernt, es durchschaut das Spiel. Es weiß, daß die werdende Macht bei den Betriebsräten und nicht beim Parlament liegt.

Die Leuten von der SPD, wollen nicht kämpfen und glauben die Arbeitermassen von einem entscheidenden Kampf abhalten zu können, um die kapitalistische Ordnung der Ausbeutung und Aushungierung zu retten. Ihr Wille zur Beilegung des Systems Cuno ist nicht ehrlich. Ausdrücklich stellt es die „Röschsche Zeitung“ vom Sonntagabend fest, daß es der „ehrerliche Wille“ aller bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie war, eine Regierungserklärung in der gegenwärtigen Tagung des Reichstags zu vermeiden. „Wenn trotzdem schon gestern die anschließenden Schritte zur Bildung eines Kabinetts der Großen

Koalition getan wurden, so lag darin nicht eine Sinneseänderung der Parteien.“ Und ausdrücklich legt das sozialistische Volkstümliche der Sozialdemokraten in seiner „Veröffentlichung“ zu einem Artikel des sozialdemokratischen Pressebüros, daß die sogenannte Große Koalition im Augenblick nicht in Frage käme, weil die Sinnespartei sofort in stärkste Opposition treten und die finanziellen und wirtschaftlichen Sanierungsmaßnahmen wirkungslos machen würde.

Weil also die Sinnespartei, die Partei der industriellen Ausbeuter, selbst das zehnte Sanierungsprogramm einer sozialdemokratisch-kleinbürgerlichen Koalitionsregierung nach dem Muster der verfallenen Weimar-Regierung sabotieren würde, weil also die Sinnespartei nicht nur wie vor keine Opfer bringen wollen, deshalb geht sie in die Große Koalition. Sie führt den Minister der Sinnespartei Cuno, um dem Sinnesminister Stresemann Hausrecht zu geben in der Büttelung der hungernden Massen zu leisten! Die Sozialdemokratie geht in die Große Koalition, trotzdem sie weiß, daß ihr Programm für die Regierung Stresemann auf dem Papier bleiben wird. Und sie tut noch ein Lebriges; sie gibt Stresemann ihren Silberling als Helfer, der noch fälschlich versichert hat, daß die soziale Frage Nebenfrage ist, wenn es den Kapitalprofit zu retten gilt!

Die vom Kampfplan erfüllten Arbeitermassen lachen deshalb über die „Finanzmaßnahmen“ der Sozialdemokraten, über ihre

„wertlosen Vornehmen“, die keine Friedensvollzüge sind, über die „Befehlung der Schwärze der Wirtschaft“, über die Trennung des Reichsvollzugs vom Reichsbuch, Rudenborff und Hilfer, die Stresemann durchführen soll, wie sie lachen über den „Vorwärts“, der ihnen weismachen will, daß die wirtschaftliche Lage bereits entspannt sei, weil hier und da die Arbeitgeber unter dem Druck der Angst vor der Revolution aus den aufgeschichteten Samstagslagern zwei Pfund Mehl oder ein Pfund Margarine unter Anrechnung auf den Lohn an ihre Arbeiter abgelassen haben.

Die Proleten fallen auf die parlamentarischen Scheitertümpeln nicht mehr herein, wie sie nicht auch reinfallen auf die Wägen des „Vorwärts“ und des halbsüchtigen Volksblätters vom „Anrollen“ der fetten Lebensmittel und Kartoffeln. Die einheitliche Kampfkraft der Arbeitermassen, der Wille zur gesteigerten Aktion der Selbsthilfe ist gerichtet auf die Schaffung realer Garantien für die Sicherung der Existenz des Proletariats. Diese, das hat das Proletariat durch bittere Erfahrungen seit 1918 gelernt, können nur verbürgt werden durch den Sturz der Macht der Bourgeoisie.

Die Forderung, das Staatsrecht dürfe keinen Augenblick fiberlos bleiben, heißt bei der Sozialdemokratie Stresemann und Hilfering aus Ruder! - Bei der revolutionären Arbeiterschaft dagegen: Her mit der Arbeiter- und Bauern-Regierung!

Heraus zum Generalstreik!

Der Betriebsrätekongreß der Freien Gewerkschaften für Mitteldeutschland am 12. August hat den allgemeinen Generalstreik für das mitteldeutsche Wirtschaftsgebiet mit überwältigender Mehrheit (320 gegen 19 Stimmen) beschlossen für die Durchsetzung folgender Forderungen:

1. Rücktritt der Regierung Cuno.
2. Errichtung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung.
3. Auflösung des Reichstags.
4. Erfassung der Sachwerte.
5. Festsetzung eines Stundenlohnes von mindestens 60 Goldpfennigen.
6. Beschlagnahme aller Lebensmittel durch die Kontrollauschüsse und Verteilung derselben durch die Arbeiter-Konsumvereine und Gewerkschaften.
7. Sofortige Aufhebung aller Ausnahmeverordnungen, die sich gegen die Arbeiterschaft richten.
8. Verbot der Rechtspresse und sofortige Unterdrückung aller faschistischen Formationen.
9. Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen der Arbeiterschaft.

Arbeitskollegen! Die von dem Kongreß einstimmig gewählte Zentralstreikleitung fordert Euch hiermit auf, den Generalstreikbeschluss sofort durchzuführen. Legt die Betriebe restlos still, stellt die Arbeit überall ein, tretet wie ein Mann hinter den Beschluß Eurer Betriebsräte!

Der Streik beginnt am Montag früh und währt drei Arbeitstage.

Die zur Instandhaltung der Betriebsanlagen erforderlichen Notstandsarbeiten werden ausgeführt; ihren Umfang bestimmen die örtlichen Streikleitungen, die unverzüglich einzusehen sind.

Die in Konsumvereinen und anderen Arbeiterunternehmungen beschäftigten Kräfte arbeiten weiter. Die Versorgung von Krankenhäusern bleibt aufrecht erhalten.

Arbeitskollegen! Die Stunde der Entscheidung ist da. Erfüllt eure Pflicht. Vorwärts durch Kampf zum Sieg!

**Nieder mit der kapitalistischen Ausbeutung!
Fort mit der bürgerlichen Regierung, die das heutige Elend verschuldet hat!
Es lebe die revolutionäre Einheitsfront der Hungernden und Unterdrückten!**

Halle, den 12. August.

Die Zentralstreikleitung.

Anweisungen für Bildung und Tätigkeit lokaler Streikleitungen

In allen Orten sind lokale Streikleitungen zu wählen, die zusammen mit den Betriebsräten und Ortsauschüssen des ADGB für die Durchführung des Generalstreiks verantwortlich sind. Die politischen Arbeiterparteien sind aufzufordern, Vertreter in die örtlichen Streikleitungen zu entsenden.

Aufgaben der lokalen Streikleitungen sind weiter: Bei den Betrieben die Anerkennung der Kontrollauschüsse durchzusetzen und mit diesen, sowie den Konsumvereinen für die Verteilung der Lebensmittel an die Streikenden und ihre Angehörigen zu sorgen; alle Organisationen faschistischer Elemente und Verbände (Mitarbeiter auf Streikposten usw.) rücksichtslos zu unterdrücken, unter

Veranziehung der Hundertschichten und gewerkschaftlichen Abwehrorganisationen, die nötigenfalls ins Leben zu rufen sind; gemeinschaftlich mit diesen Abwehrorganisationen den Schutz der Betriebe und Vorräte, sowie der proletarischen Unternehmungen gegen Sabotageakte von Gegnern durchzuführen.

Täglich sind Streikverfammlungen abzuhalten und alle Vorgänge am Orte und in den Betrieben sofort der Zentralstreikleitung zu berichten. Für die lokalen Streikleitungen sind nur die Anweisungen der Zentralstreikleitung maßgebend.

Die Zentralstreikleitung.

Donnerstagabend zog eine Militärpatrouille durch die Stadt und nahm eine Säuberung vor. Der Polizeibeamte Meyer hat einen Knaben von 14 Jahren (sünder verlegt, so daß an seinem Antlitzem geschwollen ist. Eine Kommission, bestehend aus KPD, SPD, und DDF, hat sich zum Zweck der Untersuchung und der Zurückführung des Militärs und der Entlassung der Polizisten Meyer und Max Müller. Das Militär wurde zurückgeführt. Als die Wachen zu einer Besammlung zum Schloßberg wollten, kamen ihnen schwer bewaffnete Spione entgegen und lösten den Trupp auf. In der Nacht wurden etwa 30 Personen, Männer, Frauen und Kinder, von der Schupo aus den Betten geholt und verhaftet.

Am Freitag, vormittag 10 Uhr, haben die Arbeiter der Familien Betriebe Patrouillen die Arbeit niedergelegt und werden sie nicht auf aufnehmen, bis die Schupo zurückgezogen ist. In einer überfüllten Versammlung wurden folgende Forderungen aufgestellt:

1. Entfernung der Schupo. 2. Freigabe der Verhafteten. 3. Entlassung der Polizisten Meyer und Max Müller. 4. Kommission zum Überprüfen der Arbeit. 5. Kontrolle und Durchsicht der Lebensmittelgeschäfte nach versteckten Waren.

Offene Kämpfe in Neurode

8 Tote, 28 Verwundete

Breslau, 12. August.

Nach bürgerlicher Meldung finden in der Stadt Neurode seit Sonnabend offene Kämpfe statt. Am Freitag wurden bereits gewaltige Demonstrationen abgehalten, die sich am Sonnabend früh zu schweren Kämpfen mit der Polizei entwickelten. Der amtierende Landrat des Kreises Neurode, der Reichstagsabgeordnete Dr. Nagel, soll von den roten Demonstranten auf die Straße geschleift und fast zu Tode geschrien sein. Das in Neurode stationierte Schupo-Kommando soll bereits in den frühen Morgenstunden entlassen worden sein. Auf die erste Meldung von den Unruhen entbande das Oberpräsidium in Breslau als Verärgerung die Befehlshaber der Schupo-Einheiten in Neurode; der Sonberzug wurde von der Station Neurode von einer außerordentlichen bewaffneten Menge aufgehalten und zum Umkehren gezwungen. Das Kommando seiner Kommande ist daher vorläufig in Glatz untergebracht. Vom Regierungspräsidenten in Breslau ist der Bürgermeister in Neurode mit der einseitigen Wahrnehmung der Landratsgeschäfte betraut. Der Bürgermeister wurde dem Kommando der letzten in der Stadt gebliebenen Polizisten anvertraut.

Bei diesem Rückzug soll die Polizei überfallen sein und dabei entwendete sich ein Strafgefangener, bei dem es acht Tote und 28 Verwundete gab.

Blutige Zusammenstöße in Ratibor

4 Tote, 30 Verwundete

Ratibor, 11. August.

Gestern fanden hier Demonstrationen wegen der Teuerung und der Zurückhaltung von Lebensmitteln seitens der Landratsgeschäfte statt. Die Arbeiter vertriehen die Betriebe und kamen auf dem Bahnhofspfad zusammen. Die Schupo mußte einrücken. Die Menge plünderte einen Waggon Handgranaten, Geschosse und Patronen. Bei den Kämpfen zwischen der Menge und der Schupo gab es vier Tote und 30 Verwundete. Es finden Verhandlungen zur Herbeiführung der Ordnung statt.

Bereitstellung des Kampfes in Hamburg

Hamburg, 11. August.

Zu den Vorbereitungen, die getrieben bereits ausgeführt waren, sind nun Hauptgeheimnisse der Werft Janter und Einfluß und die Deutsche Arbeit.

Während der letzten Nacht bauerten in der Stadt die Unruhen fort. Die Beschäftigten der verschiedenen Werften demonstrierten, um auch andere Betriebe für den Kampf zu gewinnen.

Streik der Bauarbeiter in Bremen

(Eigene Drahtmeldung)

Bremen, 11. August.

Seit gestern haben hier sämtliche Bauarbeiter im Streik. Die Spannung auf den Morgen ist groß. Die Arbeiter sind entschlossen werden muß, daß die Arbeiterarbeit aus den Betrieben herausgeholt werden muß, die die Arbeiterarbeit eingestrichelt, der durch Vertreter aus Großbetrieben verstärkt worden ist.

Vollkommener Streik im Emdener Hafengebiet

(Eig. Draht.) Emden, 12. August.

Seit Sonnabend mittag verhängter Generalstreik der Staatsarbeiter und Angestellten. Eisenbahner, Schiffer und Fischer haben sich dem Streik reiflos angeschlossen. Gas, Wasser, Elektrizität und der Straßenverkehr haben. Die Forderungen der Handarbeiter sind am Freitag bemittelt worden. Die Handarbeiter streikten aber trotzdem mit weiter. Es haben sich Kolonnen von mehreren hundert Mann gebildet, die mit Ausweiden der Streikleitung bei den Großbetrieben rekrutieren. Die Waren werden nach Emden gebracht und dort auf ordnungsmäßigem Wege verteilt. Norden hat sich dem Streik angeschlossen.

Handgranaten gegen Hungernde

(Eig. Draht.) Bielefeld, 12. August.

In Giesfeld ist es zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Die Polizei ging mit Handgranaten gegen die Arbeiter vor.

Gewaltige Demonstrationen in Hannover

Hannover, 11. August.

Heute morgen verließ die Belegschaft der Continentalwerke den Betrieb, nachdem die Frauen, die von einem leeren haben in den anderen gegangen waren und nichts erhielten, erklärten, nicht länger mehr zu arbeiten. Es formierte sich ein gewaltiger Zug. Die Sipo bereitete sich entgegen. Als die Arbeiter sich dem Hofe näherten, schickte die Sipo einen Zug von mehreren hundert Mann gegen die Arbeiter. Als der Zug der Continental-Belegschaft auf dem Claraplatz sich zu einer Besammlung bildete, perrie die Sipo den Platz ab. Die Arbeiter mit blauen Schleiern zogen in die Massen hinein. Eine große Anzahl von Arbeitern wurde durch Schüsse verwundet, einige davon sehr schwer. Die Erregung ist sehr groß. In den Betrieben wird passive Resistenz geübt. Geachtet wird nicht.

Gute Stimmung in Magdeburg

(Eig. Draht.) Magdeburg, 12. August.

Heute vormittag fand eine außerordentlich gut besuchte Versammlung der KPD statt. Die Stimmung der Arbeiter ist gut.

Streikstimmung in Gotha

(Eig. Draht.) Gotha, 11. August.

In sämtlichen Betrieben herrscht ungesunde Erregung. In den Großbetrieben wird passive Resistenz ausgeübt. Die Nachricht von der Proklamierung des Generalstreiks in Berlin hat ein lebhaftes Echo in der gesamten Arbeiterchaft gefunden. In sämtlichen Betrieben haben heute vormittag Beschäftigten Versammlungen statt, die dazu Stellung nahmen. Nach Schluß der Arbeitzeit gegen die

Großbetriebe geschlossen nach dem Garten des 'Volkshauses' war eine impetive Kundgebung stattfand. Die Hundertschaften der Arbeiterchaft sind mobil. Die Arbeiterchaft ist bereits dem Kampf der Berliner Betriebsräte geschlossen. Am Montag werden in allen Betrieben Beschäftigten Versammlungen stattfinden, die über den Eintritt in den Generalstreik beschließen werden. Zur Sicherung der Arbeiterchaft sind proletarische Hundertschaften in Alarmbereitschaft gestellt worden. Samstag der Stadt herrscht fieberhafte Erregung. Die Lebensmittel werden von den Geschäften abgeholt. Die Geschäftshandlungen sind geschlossen. Die schäftlichen Organe haben schon bereits Zusammenkünfte und stellen ihre Verbindung mit den an der bairischen Grenze aufgestellten schäftlichen Organen her.

Bauarbeiterstreik in Jena

(Eig. Draht.) Jena, 11. August.

In Jena streikten seit heute vormittag 10 Uhr sämtliche Bauarbeiter. Die Streikenden verlangen eine einmalige Lohnsteigerung von 10 Millionen Mark. Heute vormittag 10 Uhr fanden in allen Betrieben Versammlungen statt, die über den Eintritt in den Generalstreik beschließen werden. Zur Sicherung der Arbeiterchaft sind proletarische Hundertschaften in Alarmbereitschaft gestellt worden. Samstag der Stadt herrscht fieberhafte Erregung. Die Lebensmittel werden von den Geschäften abgeholt. Die Geschäftshandlungen sind geschlossen. Die schäftlichen Organe haben schon bereits Zusammenkünfte und stellen ihre Verbindung mit den an der bairischen Grenze aufgestellten schäftlichen Organen her.

Generalstreik in Krefeld

Die Polizei schießt auf Arbeiter — Vier Tote

(Eig. Draht.) Krefeld, 11. August.

Die Arbeiterchaft von Krefeld ist einmütig geschlossen in den Generalstreik eingetreten. Alle Betriebe in Krefeld und Umgebung liegen still. Die Arbeiterchaft ist einmütig die Bildung von Arbeitermengen und die Beschaffung der Betriebe verlangt. Auch die Straßenbahn ist stillgelegt. Gestern nachmittag fanden große Demonstrationen statt, die von der Polizei in der unersichtlichen Weise provoziert wurden. Die Schupo schickte in die Massen hinein, so daß bisher 4 Tote und eine große Anzahl Verwundete geschah wurden. Am Abend wiederholten sich diese blutigen Vorgänge. Die Stimmung der Arbeiterchaft ist ungesund erregt.

Im Ruhrgebiet und im Rheinland ist es zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Polizei gekommen. Die Arbeiterchaft ist einmütig geschlossen in den Generalstreik eingetreten. Alle Betriebe in Krefeld und Umgebung liegen still. Die Arbeiterchaft ist einmütig die Bildung von Arbeitermengen und die Beschaffung der Betriebe verlangt. Auch die Straßenbahn ist stillgelegt. Gestern nachmittag fanden große Demonstrationen statt, die von der Polizei in der unersichtlichen Weise provoziert wurden. Die Schupo schickte in die Massen hinein, so daß bisher 4 Tote und eine große Anzahl Verwundete geschah wurden. Am Abend wiederholten sich diese blutigen Vorgänge. Die Stimmung der Arbeiterchaft ist ungesund erregt.

Generalstreik im Kreise Limburg

(Eigene Drahtmeldung)

Limburg an der Lahn, 13. August.

Der Generalstreik im Ruhrgebiet geht herrschaftlich weiter. Alle Kreise und Dellen sind teilweise erloschen. In Limburg beschickten die Arbeiter 35 Zentner Schmal, das zum Preise von 500 000 Mark das Pfund an die Bevölkerung abgegeben wurde. Außerdem beschickten sie Milch, die in kleineren gehalten wird.

An die Kontrollauschüsse im Bezirk Halle-Merseburg

Die Situation, in der wir uns befinden, macht es aus zur Pflicht, die höchste Aktivität zu entfalten. Darum ist es notwendig, die Lebensmittel zu ermitteln, an die Wohnen zwecks Anfertigung der AL heranzutreten, diese zu veranlassen, Lager von Lebensmitteln zu beschlagnahmen, damit sie der Bevölkerung zugeführt werden. Wo keine AL vorhanden, müssen diese sofort gebildet werden. Auch ist der Selbstschutz schnellstens herzustellen. Neuer-Ausgleich.

München ohne Zeitungen

Berlin, 12. August.

Dem 'Vorwärts' wird aus München gemeldet: In einer kurz beschlossenen Versammlung der Münchner Bauarbeiter wurde mit allen gegen 6 Stimmen beschlossen, die bürgerlichen Zeitungsbetriebe Münchens stillzulegen, solange die Polizeidirektion des Reiches in der sozialistischen Presse verhandelt. Von der Einstellung sind grundsätzlich ausgenommen die Druckereien der Buch- und Selbstverleger und die Druckereien. Auf Grund dieses Beschlusses erschienen in München am Montag keine Zeitungen. Die Bauarbeiter erklären gleichzeitig, daß in ihrem Beschluß lediglich die Etappe des Kampfes zu erblicken ist, den sie zu führen gedenken gegen die andauernde maßlose Drangsalierung der bairischen Regierung gegen die Arbeiterchaft und gegen die Arbeiterpresse.

Demonstrationen in Stuttgart

(Eigene Drahtmeldung)

Stuttgart, 11. August.

Gestern haben die Arbeiter und Angehörigen in der meisten Betrieben Stuttgarts ihre Gedächtnis. Heute finden große Demonstrationen gegen die Regierung Cuno und für die Beteiligung der unehrbaren Notlage der werktätigen Massen statt.

Die Sozialdemokraten gegen Cuno für die Große Koalition

Berlin, 12. August.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Sonnabend nachmittag zur Erklärung der allgemeinen politischen Lage zusammen. Nach einer mehrstündigen Debatte wurde folgender Beschluß mit großer Mehrheit angenommen:

Die fraktion hält anfangs der schweren außen- und innenpolitischen Situation eine von Vertrauen der breiten Massen mitgetragene und unterstützte Regierung, die stärker ist als die gegenwärtige, für notwendig. Sie hat zur Regierung Cuno nicht das Vertrauen, diesen Voraussetzungen zu genügen. Eine von der Sozialdemokratie zu unterstützende Regierung ist auf folgender Grundlage zu bilden: Energievolle Durchführung der beschlossenen Finanzmaßnahmen. Durchgreifende Finanzreform auf Grundlage der Heranziehung der Wirtschaft mit garantierter Befreiung ihrer Schwere. Währungsreform: Schleunige Eindämmung der Inflation, Goldschmelze, Vorbereitung der Goldwährung. Verzicht auf die Veräußerung, hinsichtlich erhöhte Sozialrenten und Erwerbslosenunterstützung. Lösung der Reichsfrage von allen illegalen Organisationen. Außenpolitische Aktivität zur Lösung der Reparationsfrage unter voller Wahrung der Ehre der Nation und der Souveränität der Deutschen Republik. Antrag auf Annahme zum Völkerverbund.

Stimmen aus der Sozialdemokratie

Der Berliner Reichstagsabgeordnete Richter hat auf Arbeiterparteiorden von Schupobeamten losgesprochen. Die sozialdemokratischen Arbeiter Berlins sind darüber sehr erregt. Der 'Vorwärts' aber schreibt dazu:

Es war also nicht Richter, sondern Seewing. Jede wie Hofe. Die 'Magdeburger Volksstimme' schreibt unter der Überschrift 'Tumultparolen' über den Reichstag, daß die Arbeiter nicht durch 'Tumultparolen' verführt werden lassen und nicht durch 'Tumultparolen' auf die Welt der 10 Millionen Mark, Friedenverleihen ab 1. August, Reichsflagge als Lebensmittel, Erhaltung der Schwere bis 76 Prozent, Beteiligung der Cuno-Regierung, Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung. Das Blatt mahnt:

Folgt diesen Tumultparolen nicht. Die augenblickliche Zahlungsmittelnot geht vorüber. Der Reichstag ist zum Zusammengetreten und er wird und muß jetzt eingreifen, damit dem Bankrot des Reiches, dem vollständigen Niedergang der Industrie Einhalt getan wird. Die Krise dieser Lage wird vorübergehen, wenn die Arbeiterchaft nicht selbst den in die Hände arbeitet, die nationalitätlich oder bolschewistisch am vollständigen Ruine Deutschlands arbeiten.

Nunmehr ist den Herrschaften die Antwort gegeben worden: Cuno hat Reichstag geschlossen. Hermann Müller, dem der 'Vorwärts' beizubehalten das Gehirn der besetzten Arbeiterchaft nennt, hat erklärt, daß seine Partei Cuno unterliegen werde und die Magdeburger Arbeiter haben die Betriebe übergeben.

Reichswehrvorbereitungen zum Bürgerkrieg

Am Freitag wurde von dem Genossen Frölich ein Flugblatt verteilt, das unter den Landwirten und Kriegereinsatzmitgliedern verbreitet wird und dessen Inhalt wir hier wörtlich abdrucken:

Aufruf

'Zeitfreiwillige' für die Reichswehr. An alle gedienten unterlandstreuen Soldaten, die augenblicklich keine Zeit haben, in die Reichswehr einzutreten, weil ihr Beruf oder andere Umstände sie daran hindern, ergreift der Ruf, ihr schon jetzt bereit zu erklären, in die Reichswehr einzutreten, für den Fall, daß wir noch einmal zu den Waffen greifen müssen, um unsere Grenzen gegen raubtierartige Feinde zu schützen. Die Reichswehr ist seit langem nicht mehr, wie in dieser Zeit der Reichswehrvorbereitungen, damit den Truppen der Reichswehr gelagert werden kann. Ihr könnt sicher sein, daß in den Zeiten der Not hunderttausende Tausende zur Unterstützung bei Euch einstreifen werden.

Dies verleiht den aktiven Truppen Vertrauen und Zuversicht. Alle, die also die Absicht haben, mitzukämpfen, mögen sich melden bei den Bezirksstellen der Reichswehrbrigade 27, den Garnison- und Bezirkskommandos.

Sie werden sie in Listen eingetragen. Militärpapire mitbringen. Es erwünscht, daß sich Meldenden daraus keine andere Verpflichtung, als daß er in dem Falle zu den Waffen greifen wird, wo es unbedingt notwendig werden sollte, gegen äußere (im Original gedruckt: D. W.) Feinde zu kämpfen.

Über ihr Verhältnis, seine Stellung, seine Angelegenheiten, wenn die häuslichen Verhältnisse ihn, es nötig machen. Die Bedingungen sind bei Zutritt mit Ausnahme der Verpflichtungsdauer und Kündigungsfrist genau die gleichen, wie für die Reichswehr. In Sonderheit gelten auch die gleichen Bedingungen für Abrechnung, Verpflegung, Unterbringung, Dienstbeschädigung und Hinterbliebenenfürsorge. Die Zeitfreiwilligen verpflichten sich, 'bis auf weiteres', d. h. bis zu dem Zeitpunkt, wo die äußere Gefahr abgedauert hat, auf dem Reichswehr-Brigade bestimmt. Vor dieser Zeit können die Zeitfreiwilligen jederzeit, aber nur mit achtjähriger Kündigungsfrist, kündigen. Reichswehr-Brigade 27 (6. Infanterie-Division).

Gedruckt ist dieses Flugblatt bei Tromsch in Sohn, Frankfurt (Oder). Es wird uns weiter mitgeteilt, daß die Meldungen dieser 'Zeitfreiwilligen' aus dem Gebiet, wo das Flugblatt verbreitet wird, bei dem Landwirt Met, Stuttgart, Kr. Di-Sternberg, anbringen sind.

Abgefadet!

(Eigene Bericht)

Berlin, 11. August.

Die republikanischen Verbände Berlins planen, anlässlich des Verfallens ihres Einflusses für die Republik durch falsche Lage zu bemerken. Die Inflation der republikanischen und politischen Situation in den letzten Stunden hat die republikanischen Verbände nun veranlaßt, von dem 'Faden' abzulenken. Da die Leute erkannt haben, daß der Reichstag schon genügend 'gefadet' hat und deshalb veraltet? Oder hat ihnen die Erregung unter den Reichswehrlern zu der Erkenntnis verholten, daß die Reichswehr keine Fäden, sondern Brot, Wohnung und Kleidung verlangt? Die Zeit zum Faden zu schönen Gesten und passifischen Haltungen ist vorbei. Es muß durchgegriffen werden.

Die japanischen Rüstler haben dem Genossen Toffe als Zeichen ihrer Dankbarkeit für seine Bemühungen um ein Zustandebereitungen einer russisch-japanischen Annäherung einen goldenen Reif überreicht.

Spanischer Bergarbeiterstreik. In Leon und Biscaya stehen die Bergarbeiter, Anhänger der KPD, seit Wochen in einem erbitterten Lohnkampf. Der revolutionäre Bergarbeiterverband Frankreich hat zu ihren Gunsten eine Sammlung eingeleitet.

Streik der englischen Dofler. In der Streikbewegung der Londoner Doflerarbeiter ist keine Veränderung eingetreten. Die Bewegung zugunsten der Schaffung eines eigenen Verbandes gegen die verdrängende Herrschaft des Transportarbeiterverbandes nimmt stark zu.

Ausland

Die kommunistische Jugend schickt Marx

Paris, 8. August.

Seit seiner Verhaftung steht Genosse Marx unter ständiger polizeilicher Überwachung. Als er angehörig der Doflerie, die er unangesehnt von schäftlichen Organisationen erhält, um eine Doflerienaktion nachzulassen, wurde ihm diese verweigert. Die kommunistische Jugendorganisation hat seinen Slog durch eine Demonstration übernommen.

Arbeitende Jugend!

Der Betriebsratelocher hat eine Resolution zur Jugendfrage angenommen. Für uns heißt es jetzt, alle Kräfte anzuheben für die Durchführung unserer Forderungen:

- 60 W. Friedensslöhne;
- Schockurlaub;
- Berichtigung der Jugend im Betriebsrat mit beratender Stimme;
- Einbeziehung der Jugend in allen Kämpfen der Arbeiterchaft;
- Zur Durchführung dieser Forderungen ist es notwendig, daß in allen Betrieben ein Vertreter der Jugend gewählt wird;
- Jungarbeiter, Lehrlinge, Mädel nehmen die Parole des Kongresses auf, und kämpfen bis zum Siege!

Zugend heraus! — Es lebe der Kampf!

Cuno auf der Anflagebank

Nede des Genossen Fröhlich im Reichstag

(Eigener Bericht)

Berlin, 10. August.

Welchem füllte sich der Reichstag durch die Anwesenheit der Arbeiterdelegation bedrückt. Die Türen vom Sitzungssaal wurden mit Bolzen besetzt, die einen „Heberfall auf den Reichstag“ verhindern sollten. Aber die Herren irren sich, wenn sie meinen, nur diese Delegationen stürmen gegen den Reichstag an. Es sind die Millionen der deutschen Arbeiterklasse. Sie schiden nicht nur Delegationen, sie stehen im politischen Widerstand und sie schiden sich zum Generalstreik gegen die Cuno-Regierung an. Sinter diesen Millionen von Arbeitern stehen Hunderttausende aus dem deutschen Bürgerum, die sich nicht länger durch eine verwerfliche Politik zugrunde richten lassen wollen. Durch das ganze Volk geht ein einziger Schrei: „Fort mit Cuno!“ Die Regierung wird angeklagt, die Zerstückelung des deutschen Volkes gebildet zu haben und einer Ausplünderung des Volkes schuldig gewesen zu sein, die in der Geschichte ohnegleichen dasteht.

Die Regierung Cuno sitzt auf der Anflagebank.

Im Verlauf von 7 Monaten hat sie den Wert des deutschen Geldes auf ein Zehntel herabgedrückt. Sie hat es so weit gebracht, daß die gesamte Arbeiterbevölkerung heute nicht einmal mehr für den Tag sorgen kann, ja, das nicht einmal die notwendigen Papierwaren vorhanden sind. Die Regierung hat dies fertig gebracht durch eine Abenteuerpolitik, die die blühenden Erhebungen des Weltkrieges in den Schanden stellt. Nicht nur Wägen sind im Kampf planmäßig herausbeschnitten. Und diese Regierung der Schwerverwundeten, die Regierung der starken Männer, hat diesen Kampf mit einer Unfähigkeit, Schwäche und Erbärmlichkeit geführt, die nur durch ihre Verbrechen überströmt wird.

Wenn die deutsche Arbeiterklasse die Macht übernimmt, wird sie mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu ringen haben, aber solchen Unheil in den einfachen Dingen der Politik und der Wirtschaft werden die Cuno, Baezel, Hermes, Rosenfeld bei uns nicht finden. (Zustimmung bei den Kommunisten)

Seit der Krieg an der Ruhr ausbricht, unter den schwersten Opfern, die sich denken lassen, materielle Opfer und Blutopfer. Aber die Arbeiterklasse ist liberal umstellt von Verrat. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten) Soweit geben sozialistische Blätter, wie die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ zu, wie recht die Kommunisten hatten, als sie die Einstellung der Kohlenförderung im besetzten Gebiet und die Verteilung der Kohlenkohlen unter die arbeitende Bevölkerung forderten. Das ist nicht erfolgt aus „prinzipiellen“ Gründen. Die Franzosen ereignen damit einen wesentlichen Teil ihres Sieges. Aber die schurkischer noch ist der

Schmerz der Großkapitalisten an der Ruhr.

Das Wert Rheinmetall in Düsseldorf hat planmäßig und absichtlich unter Zerstörung der Arbeiterkraft fertige Kolo, etwien den französischen Imperialisten in die Hände gespielt. Kein Justizminister hat sich gefunden, der gegen diese Hochverräter vorgegangen wäre. Falls das die Fälle, wo die Arbeiter unter Androhung des Lebensstrafs, legar der sofortigen Entlassung, gezwungen wur-

den, auf den Felsen und Werken unter den Bajonetten des französischen Militärs zu arbeiten. Diese Schurken lassen sich von den Franzosen und der deutschen Regierung bezahlen. Die Krupp und Siemens verbinden sich heute bereits mit der französischen Schwereindustrie und bereiten damit die englische Kapitulation vor. Sie tragen

den Dolchstoß gegen das deutsche Volk.

Daß die deutsche Regierung noch nicht kapituliert hat, liegt erstens daran, daß das deutsche Großkapital keine Fäden mit den französischen Kapitalisten noch nicht fest genug geknüpft hat, und zweitens daran, daß die Regierung selbst zu unfähig ist, um mit ihrer verwerflichen Politik Schluss zu machen, die ihr längst über den Kopf geschlagen ist. Das Resultat dieser Politik wird sein: die Verwandlung Deutschlands in eine Kolonie, die Verwandlung des deutschen Volkes in ein Volk von Sklaven, das dem fremden und dem eigenen Großkapital fronden muß.

Die deutsche Regierung hat verschiedene Male eine sogenannte Markfälligkeit durchgeführt, an deren Erfolg sie selber nicht glaubte. Wir fordern Redenshaft darüber, welche Mittel bei diesen Aktionen verpulvert worden sind, um den ganzen Umfang dieses Verbrechens zu erkennen.

Ein unerhörter Standal ist bisher der Defensivität vorauszusetzen worden. Zugunsten der Großindustrie in Rheinland-Westfalen hat die deutsche Regierung auf das Monopol der Reichsbank verzichtet. Eine Reihe Firmen wie Krupp, Thyssen, Haniel, Rheinmetall geben eigenes Bankgeld heraus in Beträgen, die sicherlich in Millionen gehen. Das bedeutet eine helplosste Befreiung dieser Großindustriellen; denn dieses Bankgeld, das sie für Wechseln ausgegeben haben, werden sie wahrscheinlich zum Wert eines Gies oder einer faulen Karotte zurücknehmen. Diesen Betrag hat die Regierung nicht nur geschuldet, sondern gefördert.

Die Folgen sind eine so fürchterliche Pleite, wie sie bisher noch kein Land der Welt gesehen hat. Die schwebende Schuld ist auf 70 Billionen Mark und jetzt schon darüber hinaus gestiegen.

Der Steuerbeitrag ist in Deutschland zu einer schandlichen Selbstverleumdung geworden. Und jetzt predigt Cuno Steuer-moral! Diese Moral gibt es nicht mehr. Und unter einer sozialistischen Regierung wird das Volk weiter gefoltert werden als bisher. Die neuen Steuererlagen werden nichts daran ändern.

Der Staatsbankrott in Deutschland ist da.

Und jetzt kommt Cuno und erklärt: „Kamof, das deutsche Volk hungert und es gibt keine Aussicht auf Hilfe, aber wenn die deutschen Arbeiter Ansehen machen, dann werden sie den deutschen Staat bereit finden.“ Die brutale Gewalt allein kann den wankenden Thron der deutschen Kapitalherrschafft aufrecht halten. Unter planmäßig vorbereitet worden. Cuno hat sich kein Reichsanwalter-patent von der bayerischen Justiz-Regierung unterstempeln lassen. Er empfing den Reichstag und entließ den Ehrentag. Der tatsächliche Präsident Dr. Jäger hat einige Tausende über die Wör-dungen der Behörden machlos gegen die Geheimorganisationen sind, die dagegen einschreiten wollen, weil die Regierung mit diesen Organisationen verbunden ist und jedes Einschreiten verhindert. Dr.

Jäger hat festgestellt, daß die Technische Reichsanstalt baut, die lediglich für den Straßenkampf bestimmt sind. Defensiv werden Aufrufe verbreitet, die zur Bildung einer schwarzen Reichswehr auffordern.

Der Bürgerkrieg ist unvermeidlich geworden.

Wir sehen diesen Dingen ruhig und selbstbewußt entgegen. Die Regierung kommt mit allem zu spät, was sie jetzt noch zu ihrer Rettung unternehmen will. Heute heißt es: Wertheiländige Steuern! Zu spät! Wir haben im vorigen Jahre bei den Steuer-behalten wertheiländige Besteuern gefordert, um die unerhörte Pleitelerei des Staates zu verhindern. Damals hieß es von allen Seiten, auch von den Sozialdemokraten: „Unmöglich.“ In diesem Unmöglich sind Hunderttausende und Millionen in Deutschland aus-grunde gegangen, an ihm wird die Cuno-Regierung und die ganze kapitalistische Herrschaft zugrunde gehen.

Stauben Sie die Geschichte. Immer kam für solche verurteilte Regierungen der Tag, wo alles zusammenbrach und sie sich durch Reformen zu retten suchten. Und jedesmal hieß es:

Zu spät!

Denken Sie an den 14. Juli 1789, den Tag des Bastillesturms. Ihm folgte ein 4. August, der glänzender in der Geschichte dasteht, als der von 1914. Damals ludte sich der französische Adel zu retten, indem er offerierte, was er nicht mehr halten konnte. Es war ein riesenhaftes Opfer einer Klasse, das in der Geschichte einzig dasteht und doch hieß es: „Zu spät!“ Es folgte der 10. August 1792, der schändlichste dieser Klasse von Schmaragden am französischen Volke ein Ende machte. Das „Zu spät“ kommt auch für Sie!

Wir haben die deutsche Regierung der planmäßigen Zerstörung des deutschen Volkes, der Duldung und Förderung des Hochverrats an der Ruhr, und der Vorbereitung des Bürgerkrieges angeklagt. Das deutsche Volk fordert die Cuno-Regierung vor einen Staats-gerichtshof.

Die Regierung Cuno ist bereits erledigt. Und damit sind alle Möglichkeiten einer bürgerlichen Regierung in Deutschland von der „sozialistischen“ Regierung, die den Sturz des Kapitals übernimmt, an bis zur

Rechtsregierung und der Großen Koalition;

denn diese Cuno-Regierung war bereits eine Große Koalition, da sie bis heute von der Sozialdemokratischen Partei unterstützt worden ist. Alle Möglichkeiten wurden ausprobiert. Jede neue Probe hat das deutsche Volk in tieferes Verhängnis hineingebracht. Es gibt keinen Ausweg mehr. Der Bankrott dieser Regierung ist der Bankrott des bürgerlichen Regiments in Deutschland überhaupt. Der Konturs wird von der deutschen Arbeiterklasse vollzogen werden.

Für Ihre Verbrechen werden Sie Ihre Richter finden. Die kapitalistische Klasse wird erschlagen werden vom Hammer des deutschen Proletariats!

Für die Opfer der Klassenjustiz

Aus dem Dankschreiben einer Genossin an die „Rote Hilfe“ für er-haltene 500.000 M., ersehen wir, daß diese arme Frau, die drei Kinder zu ernähren hat und ein Opfer der an ihrem Mann ver-liebenen Rache des Klassenstaates ist, von einer bayerischen Gemeinde im Juli ganze 335 M. Unterstützung erhielt. Dafür konnte sich die Frau mit ihren Kindern noch nicht einmal einen Strich Laufen, um sich den Spargungen dieser Republik zu entziehen. — Gleichgültig erhalten wir von den Organen der Ortsgruppe Bremer einen Aufruf mit Unmenschlichkeit: Heraus mit den politischen Gefangenen!

Hiermit bestelle ich vom den

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands mit der tägl. Beilage: „Leben, Wissen, Kunst“, d. Beilagen: „Kämpfende Jugend“ und „Die kommunistische Frau“

Name: Ort: Straße:

Hiermit bestelle ich vom den

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands mit der tägl. Beilage: „Leben, Wissen, Kunst“, d. Beilagen: „Kämpfende Jugend“ und „Die kommunistische Frau“

Name: Ort: Straße:

Hiermit bestelle ich vom den

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands mit der tägl. Beilage: „Leben, Wissen, Kunst“, d. Beilagen: „Kämpfende Jugend“ und „Die kommunistische Frau“

Name: Ort: Straße:

Hiermit bestelle ich vom den

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands mit der tägl. Beilage: „Leben, Wissen, Kunst“, d. Beilagen: „Kämpfende Jugend“ und „Die kommunistische Frau“

Name: Ort: Straße:

Hiermit bestelle ich vom den

Breitestraße 34?
Mühlberg 12
an der Kleinen Ulrichstraße?

Gr. Brauhausstr. 19, Hof?
In allen 7 Filialen zählt was?

? Was ?

ist mit diesen Straßen und Hausnummern los?
Dort bezahlt man nach

Goldwährung

Lumpen, Papier, Bücher,
Zeitungen usw.

Brunnenstraße 60/61?
Triftstraße 24?

Augustastr. 17, Hof?
Mansfelder Straße 63/64
direkt am Hallmarkt?

Werbt überall neue Leser für die kommunistische Presse!

Waffenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Wochentlich, Abendspreis im Haus vom 1.—15. Aug. 55000 M., durch die Post 55000 M. ohne Zeitl. Gebühr. Druck u. Verlag: 'Kultur', Grottelnd., 1. d. Reg. Halle-Merseburg e. G. m. b. H. Halle, Westendstraße 14. (vormal 1048, 1047, 2251) Schriftleitung: Schlegel 13—1 u. 5—6 Uhr

Der Abonnementpreis beträgt 8000 M. für den Müllener Höhe u. Spalte, 30000 M. für alle Räume, anfallend an den beigepagierten Zeitheften. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postkontokonto: Leipzig 100948, Fritz Krosch, Halle.

Einzelpreis 10000 Mt.

Montag, den 13. August 1923

3. Jahrgang Nr. 187

Cuno gestürzt — Kampf der großen Koalition!

Massenkampf wider den Hunger — Generallstreik in Berlin und Mitteldeutschland

Stresemann Kanzler?

(Vg. Drahtfm.) Berlin, 12. August, 11 Uhr abends.

Die Regierung Cuno ist zurückgetreten. Nach einer Sitzung des Reichskabinetts hat Cuno mitgeteilt, daß er entlassen sei, mit Rücksicht auf den sozialdemokratischen Fraktionsbeschluss vom Sonntagabend seine Demission zu nehmen. Die Demission des gesamten Kabinetts wurde daraufhin dem Reichspräsidenten übermittelt.

Der Rücktritt der Regierung Cuno ist nur auf die Bewegung der Massen zurückzuführen, insbesondere auf den am Sonntagabend einsetzenden Generallstreik der Berliner Arbeiterschaft und auf die heutigen Meldungen aus dem Reich.

Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Führerschaft mit den bürgerlichen Parteien über die Bildung der Großen Koalition haben bereits vor ihrem Abschluss. Stresemann wird wahrscheinlich am Montag mit der Bildung des Kabinetts beauftragt werden.

Der Rücktritt Cunos ist der erste Erfolg der im ganzen Reich in Bewegung gekommenen Massen. In sehr viele auch die verlogene sozialdemokratische und bürgerliche Presseleute betreten müssen. Unter dem Druck des mit gewaltiger Macht einsetzenden Generallstreiks in Berlin, dem sich heute das mitteldeutsche Proletariat anschließt und der sich sicherlich morgen schon über das ganze Reich ausbreiten wird, hat sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die am Freitag noch Cuno halten wollte, auf eine neue taktische Linie umgruppieren müssen. Wenn Cuno geht, noch bevor im Reichstag über den kommunistischen Mißtrauensantrag abgestimmt wurde, so geht er nicht, wie der „Vorwärts“ behauptet, „trotz des kommunistischen Spektakels“, sondern aus Willkür mit dem Jämmerlich in die Gege geratene sozialdemokratischen. Der resigniert sich in sein Schicksal fügende Cuno will sich in einer letzten Annäherung von Sozialdemokraten ersehnte Unterstützung, indem er ihnen erspart, in Konsequenz ihres neuen Fraktionsbeschlusses, für den kommunistischen Mißtrauensantrag, und damit gegen ihre eigene Politik und ihre volksparteilichen Betenigenen stimmen zu müssen, um ihnen so unauffällig den Abgang aus der atomaren in die offene Beteiligung an der Cuno-Regierung unter dem Namen eines Kabinetts Stresemann-Hilferding zu ermöglichen. Cuno hat dafür gesorgt, daß die Massenaktion des Proletariats, die ihn wegsetzt, umgewandelt wird in einen Kampf um die Große Koalition.

Das Betrugsmännchen Cunos und der Herrmann Müller & Co. wird nicht gelingen. Die Novemberbestimmung von 1918, die in erster Reihe von den Soldaten getragen war, ist in verschärfter Form bei allen schaffenden Bevölkerungsschichten wiedergeboren. Auf der Straße hört man heute nichts als Söhnen über den Hunger, Wut über die Hungerpreise, Forderung und Forderung gegen die Regierung. Die rebellierenden arbeitenden Massen streben heute nicht nach dem fernsten. Sie verlangen das Nächste, was bisher stets die kapitalistische Ordnung ihren Sklaven gab: Lohn und Brot. Lohn und Brot aber ist heute zur Machfrage zwischen Kapital und Arbeit geworden. Das zeigt die letzte Rede des elend verendeten Kanzlers Cuno, in der er den hungernden Massen mit Maschinengewehr und blauen Wölkchen drohte, das zeigt seine letzte „Hörverordnung“, mit der er noch im letzten Augenblick seines unheiligen Daseins den Knebel gegen die kommunistische Presse anzuhängen versuchte.

Im Lohn und Brot streben heute die Arbeiter, demonstrieren die Massen auf der Straße, ist die Cuno-Regierung weggesetzt worden. Lohn und Brot kann auch die Große Koalition Stresemann-Hilferding den Hungernden nicht geben, denn sie ist nichts anderes als die Regierung Cuno unter einer anderen Maske. Sie ist eine Regierung der sozialdemokratischen Hebesorten und der gewalttätigen Niederdrückung unter das brutale Joch der Ausbeutung und Mangelunterstützung bis zum Tode.

Weil dem so ist, werden sich die freisinnigen und demokratischen Massen der Hungernden nicht lösen lassen durch ein betrügerisches Manöver, das die Sozialdemokraten wie in den Revolutionstagen 1918 inszenieren, um die entsetzteste revolutionäre Bewegung in das parlamentarische Bett der Großen Koalition zu leiten, um nicht kämpfen zu müssen und die Arbeiterschaft um den Erfolg ihrer Bewegung zu betrügen. Das Proletariat hat seit 1918 gelernt, es durchschaut das Spiel. Es weiß, daß die werdende Macht bei den Betriebsräten und nicht beim Parlament liegt. Die Zeichen von der SPD, wollen nicht kämpfen und glauben die Arbeitermassen von einem entscheidenden Kampf abhalten zu können, um die kapitalistische Ordnung der Ausbeutung und Mangelunterstützung zu retten. Ihr Wille zur Befreiung des Systems Cuno ist nicht echt. Ausdrücklich stellt es die „Wosche Zeitung“ vom Sonntagabend fest, daß es der „ehrliche Wille“ aller bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie war, eine Regierungskrise in der gegenwärtigen Lage des Reichstags zu vermeiden. „Wenn trotzdem schon gestern die einleitenden Schritte zur Bildung eines Kabinetts der Großen

Koalition getan wurden, so lag darin nicht eine Sinnesänderung der Parteien.“ Und ausdrücklich sagt das hallische Volksblatt der Sozialdemokraten in seiner Veröffentlichung Nummer 2 zu einem Artikel des Sozialdemokratischen Pressebüros, „daß die sogenannte Kleine Koalition im Augenblick nicht in Frage käme, weil die Sinnespartei sofort in schärfste Opposition treten und die finanziellen und wirtschaftlichen Sanierungsmaßnahmen wirkungslos machen würde.“

Weil also die Sinnespartei, die Partei der industriellen Ausbeuter, selbst das zehnte Sanierungsprogramm einer sozialdemokratisch-kleinbürgerlichen Koalitions-Regierung nach dem Muster der verfallenen Weimar-Regierung sabotieren würde, weil also die Sinnespartei nicht wie vor keine Opfer bringen wollen, deshalb geht sie in die Große Koalition. Sie führt den Minister der Sinnespartei Cuno, um dem Sinnesminister Stresemann Hausrechtstheorie in der Bittstellung der hungernden Massen zu leisten! Die Sozialdemokratie geht in die Große Koalition, trotzdem sie weiß, daß ihr Programm für die Regierung Stresemann auf dem Papier bleiben wird. Und sie tut noch ein Lebriges; sie gibt Stresemann ihren Silberling als Helfer, der nach kürzlich versichert hat, daß die soziale Frage Arbeit ist, wenn es den Kapitalpakt zu retten gilt!

Die vom Kampfwillen erfüllten Arbeitermassen lassen deshalb über die „Finanzmaßnahmen“ der Sozialdemokraten, über ihre

„wertehändigen Ohme“, die keine Friedensrealität sind, über die „Belastung der Sachwerte der Wirtschaft“, über die Trennung des Reichswehrgenerals Seeck von Hoffbach, Lubendorf und Hitler, die Stresemann durchführen soll, wie sie laden über den „Vorwärts“, der ihnen weismachen will, daß die wirtschaftliche Lage bereits entspannt sei, weil hier und da die Arbeitgeber unter dem Druck der Angst vor der Revolution aus den aufgeschickerten Sammlerlagern zwei Pfund Mehl oder ein Pfund Margarine unter Anrechnung auf den Lohn an ihre Arbeiter abgeben lassen haben.

Die Proleten fallen auf die parlamentarischen Scheiterbänke nicht mehr hinein, wie sie nicht auch reinfallen auf die Wägen des „Vorwärts“ und des hallischen Volksblattes zum „Anrollen“ der fettigen Lebensmittel und Kartoffeln. Die einheitliche Kampfentschlossenheit der Arbeitermassen, der Wille zur gesteigerten Aktion der Selbsthilfe ist gerichtet auf die Schaffung realer Garantien für die Sicherung der Existenz des Proletariats. Diese, das hat das Proletariat durch bittere Erfahrungen seit 1918 gelernt, können nur verbürgt werden durch den Sturz der Macht der Bourgeoisie.

Die Forderung, das Staatsbüßel dürfe keinen Augenblick führerlos bleiben, heißt bei der Sozialdemokratie: Stresemann und Hilferding ans Ruder! — Bei der revolutionären Arbeiterschaft dagegen: Her mit der Arbeiter- und Bauern-Regierung!

Streik zum Generalstreik!



Die Gewerkschaften für Mitteldeutschland am 12. August hat den allgemeinen Wirtschaftsgebiet mit überwältigender Mehrheit (320 gegen 19 Stimmen) die Forderungen:

- 1. Entlassung Cuno.
- 2. Arbeiter- und Bauern-Regierung.
- 3. Arbeitslosenentschädigung.
- 4. Mindestlohn von mindestens 60 Goldpfennigen.
- 5. Lebensmittel durch die Kontrollauschüsse und Verbrauchervereine und Gewerkschaften.
- 6. Aufhebung aller Ausnahmeverordnungen, die sich gegen die Arbeiter richten.
- 7. Freisetzung und sofortige Unterdrückung aller faschistischen Organisationen.
- 8. Freisetzung aller politischen Gefangenen der Arbeiterschaft.

Der Kongreß einstimmig gewählte Zentralstreikleitung fordert Euch hiermit auf, diese Forderungen durchzuführen. Legt die Betriebe restlos still, heißt die Arbeit ein für allemal abbrechen, bis die Forderungen erfüllt sind. Der Beschluß Eurer Betriebsräte!

Der Streik ist frei und währt drei Arbeitstage. Die Betriebsanlagen erforderlichen Notstandsarbeiten werden ausgeführt; ihren Leistungen, die unverzüglich einzusetzen sind. Die Versorgung von Krankenhäusern bleibt aufrecht erhalten.

Arbeitskollegen! Die Stunde der Entscheidung ist da. Erfüllt eure Pflicht. Vorwärts durch Kampf zum Sieg!

Nieder mit der kapitalistischen Ausbeutung!
Fort mit der bürgerlichen Regierung, die das heutige Elend verschuldet hat!
Es lebe die revolutionäre Einheitsfront der Hungernden und Unterdrückten!

Halle, den 12. August.

Die Zentralstreikleitung.

Anweisungen für Bildung und Tätigkeit lokaler Streikleitungen

In allen Orten sind lokale Streikleitungen zu wählen, die zusammen mit den Betriebsräten und Ortsauschüssen des AOKB für die Durchführung des Generalstreiks verantwortlich sind. Die politischen Arbeiterparteien sind aufzufordern, Vertreter in die örtlichen Streikleitungen zu entsenden. Aufgaben der lokalen Streikleitungen sind weiter: Bei den Betrieben die Anerkennung der Kontrollauschüsse durchzusetzen und mit diesen, sowie den Konsumvereinen für die Verteilung der Lebensmittel an die Streikenden und ihre Angehörigen zu sorgen; alle Organisationen faschistischer Elemente und Verbände (Angriffe auf Streikposten usw.) zurückzuführen zu unterdrücken, unter Heranziehung der Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Abwehrorganisationen, die nötigenfalls ins Leben zu rufen sind; gemeinschaftlich mit diesen Abwehrorganisationen den Schutz der Betriebe und Vorräte, sowie der proletarischen Unternehmungen gegen Sabotageakte von Gegnern durchzuführen. Täglich sind Streikveranstaltungen abzuhalten und alle Versammlungen am Orte und in den Betrieben sofort der Zentralstreikleitung zu berichten. Für die lokalen Streikleitungen sind nur die Anweisungen der Zentralstreikleitung maßgebend.

Die Zentralstreikleitung.